Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

13.10.1928 (No. 240)

Visual Library

Nr. 240 Samstag, den 13. Oktober 1928 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiefer Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin"

Die Atlantikfahrt

WTB. **New York**, 13. Okt. (Tel.) Nach Meldungen der Associated Preß ist „Graf Zeppelin" auf der Strecke **Gibraltar—Madeira** von fünf Dampfern gesichtet worden. Die Funkstation der Radio Marine Corporation in Chatham (Massachusetts) hat 6.10 Uhr abends amerikanischer Zeit einen Funkspruch des „Graf Zeppelin" aufgefangen, in dem es heißt: Das Wetter ist warm und sommerlich. Wir steuern unmittelbar die **Bermuda-Inseln** an und hoffen, falls das Wetter gut bleibt, am **Sonntagvormittag Amerika zu erreichen.** Wir fahren mit einer Geschwindigkeit von 85 Seemeilen.

*

WTB. **New York**, 13. Okt. (Tel.) Die Funkstation Chatham in Massachusetts hat **heute nacht 1 Uhr** mitteleuropäischer Zeit folgenden weiteren Funkspruch vom „Graf Zeppelin" aufgefangen: „Wir befinden uns 520 Kilometer westlich von Madeira in einer Höhe von 420 Metern mit einer Stundengeschwindigkeit von durchschnittlich 120 Kilometer. Das Wetter ist gut. Fahrtrichtung Ber[illegible] Wir hoffen, wenn das Wetter sich hält, **Sonntag** mit[illegible]ffen. An Bord alles wohl. „Graf Zeppelin."

Der Standort heute früh

WTB. **Friedrichshafen**, 13. Okt. (Tel.) Bei der hiesigen Funkstation der Werft ist folgende Standortmeldung eingelaufen: „Um 8.30 Uhr heute morgen befand sich das Schiff **32 Grad nördl. Breite und 36 Grad westlicher Länge** auf der Fahrt in Richtung der **Bermudasinseln.**

*

WTB. **Friedrichshafen**, 13. Okt. (Tel.) Man nimmt hier an, daß das Schiff bis zum heutigen Morgen seit Madeira etwa 1600 Kilometer zurückgelegt hat. In dem kommenden Abschnitt des Atlantischen Ozeans, den das Schiff zu durchqueren hat, rechnet man hier mit zeitweiligen Gegenwinden. Man rechnet ferner damit, daß das Schiff jetzt in den **30. bis 50. Breitegrad westlicher Länge gelangt,** wo sich keine ständige Dampferroute befindet, so daß Funkverbindung mit Dampfern seltener zu erwarten sind. Die Wetterlage in den Vereinigten Staaten ist augenblicklich so, daß das Schiff wahrscheinlich gegenüber seinem jetzigen schnellen Fahrttempo kurz vor der Ostküste der Vereinigten Staaten ein Tief von Nord-Island antrifft, dem es nach Süden wird ausweichen müssen. Man befürchtet, daß der „Graf Zeppelin" dann eine **schwierige Einfahrt nach Amerika hat,** und hält es hier für unwahrscheinlich, daß das Schiff tatsächlich, wie eine Funkmeldung eines französischen Dampfers besagt, schon jetzt 1000 Kilometer vor den Bermudas ist, nimmt vielmehr an, daß eine Verwechslung vorliegt, und daß der „Graf Zeppelin" etwa 1000 Meilen davon entfernt ist. — Der Funkstation der Werft war es heute nacht wieder möglich, das Luftschiff bis in die frühen Morgenstunden hinein zu hören; sie konnte aber keine Positionsmeldungen von Bord erhalten, da die Funkstation des „Graf Zeppelin" andauernd äußerst stark von Bord aus in Anspruch genommen wird.

WTB. **Friedrichshafen**, 13. Okt. (Tel.) Wie wir erfahren, beruht die falsche Auffassung über ein **Versagen der Funkanlage** des „Graf Zeppelin" auf der Tatsache, daß alle Meldungen, die vom Luftschiff für die Presse ausgesandt wurden, **verschlüsselt** waren und durch irgendeinen unerklärlichen Irrtum nicht entschlüsselt werden konnten, so daß man nur auf Nachrichten bzw. Standortmeldungen von Schiffen usw. angewiesen war, die das Luftschiff gesehen hatten. Die Werftstation kannte zeitweilig aus den gleichen Gründen ebenfalls nicht den Standort des Luftschiffes.

Die mutmaßliche Fahrtdauer

WTB. **New York**, 13. Okt. (Tel.) Die hiesigen Meteorologen sind über den Zeitpunkt, an dem der „Graf Zeppelin" hier eintreffen dürfte, verschiedener Meinung. Einige Sachverständige weisen darauf hin, daß möglicherweise starker Gegenwind in der Nähe der amerikanischen Küste den Flug verlangsamen könnten, so daß die Landung erst am **Sonntagabend** zu erwarten wäre.

WTB. **New York**, 13. Okt. (Tel.) Die Flugsachverständigen nehmen an, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" die **amerikanische Küste** zuerst zwischen **Richmond** und **Norfolk** (Virginia) sichten werde. Berichte aus **Funchal** schildern die begeisterte Begrüßung, die dem Luftschiff beim Überfliegen durch die dortige Bevölkerung bereitet wurde.

Die Fahrt am Freitag

Das Luftschiff hat, wie gemeldet, wegen der Stürme im Nordatlantik am Freitag einen südlichen Kurs genommen, zunächst in Richtung **Madeira.** Madeira wurde um ½2 Uhr nachmittags deutsche Zeit überflogen. Beim Passieren von Funchal hatte das Luftschiff eine Geschwindigkeit von 130 Kilometer in der Stunde. Dann nahm das Luftschiff Kurs auf die **Azoren.** Es wurde gefunkt, daß die Passagiere stark an der Luftkrankheit leiden. Die Wetterlage hatte sich gebessert. Spät abends wurde die zur Azorengruppe gehörende Insel **San Miguel** in einer Entfernung von 30—35 Meilen passiert. Das Wetter war regnerisch und unsichtig.

Bis zum Passieren von **Madeira** hatte der „Graf Zeppelin" in noch nicht ganz 30stündiger Fahrt eine Strecke zurückgelegt, die in gerader Luftlinie etwa 2800 Kilometer umfaßt. Man kann aber annehmen, daß der Weg des Luftschiffes bis Madeira mindestens 3000 Kilometer ausmacht, denn es wird sicher nicht immer in gerader Linie, sondern im Bogen um kleinere Unwetter herumgefahren sein. Damit würde der „Graf Zeppelin" bisher eine Durchschnittsgeschwindigkeit von mindestens 100 Kilometer gefahren sein. Interessant ist ein Vergleich mit der großen „Deutschland"-Fahrt, bei der das Schiff in 34½ Stunden etwa 3200 Kilometer zurücklegte, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von gut 90 Kilometern entsprach. Wenn man auf seiner jetzigen Fahrt die Gegenwinde in Rechnung stellt, so ist die bisher erzielte Geschwindigkeit als normal anzusehen. Von fachmännischer Seite wird darauf hingewiesen, daß das spärliche Eintreffen von Meldungen aus dem Schiff mit der starken Inanspruchnahme der Funkstation durch den Wetterdienst zu erklären sei.

In Erwartung des Luftschiffes

WTB. **Lakehurst**, 13. Okt. (Tel.) Angesichts der bevorstehenden Ankunft des „Graf Zeppelin" beginnen sich die Hotels in der Umgebung von Lakehurst zu füllen. Für die 1800 Seelen zählende Einwohnerschaft bildet das Luftschiff das einzige Gesprächsthema. Überall auf den Straßen und in den Läden stehen Gruppen beisammen, die die Flugberichte auf das lebhafteste besprechen. Alle Leute, auch die Offiziere des Lufthafens sind davon überzeugt, daß das Luftschiff genau so fahrplanmäßig wie ein Ozeandampfer eintreffen wird. In der näheren Umgebung des Flugplatzes schießen die Verkaufsläden aus dem Boden, in denen Erfrischungen und die verschiedensten Artikel zu haben sind. Besonders lebhaften Absatz finden Miniaturzeppeline. Dr. **Arnstein,** der frühere Konstrukteur der Zeppelinwerft in Friedrichshafen, erklärte, der „Graf Zeppelin" werde bald seine Rückreise nach Deutschland antreten, denn so viel er wisse, hoffe Dr. Eckener, noch in diesem Jahre einen zweiten Rundflug zu unternehmen. Auch auf der Rückreise wird das Luftschiff wahrscheinlich einige Passagiere mitnehmen. Es sind bereits mehrere Anfragen von Personen eingegangen, die die Rückreise mitmachen wollen.

Für den Erfolg des Zeppelinfluges wurde in **New York** eine durch Rundfunk verbreitete Andachtübung abgehalten, bei der katholische und protestantische Geistliche sprachen. Das Marineamt hat das Überfliegen des Gebietes der Marineflugstation Lakehurst während des Anfluges und der Landung des Zeppelins für Zivilflugzeuge verboten, aber weiter erklärt, das Publikum werde zur Besichtigung des Luftschiffes zugelassen werden. Über den Zeitpunkt der Ankunft des Luftschiffes sind die amerikanischen Meteorologen verschiedener Meinung. Einige weisen darauf hin, daß starker Gegenwind die Landung bis zum Sonntag abend verzögern könnte.

Bei der Ankunft des „Graf Zeppelin" in Amerika wird die Berliner Funkstunde versuchen, die Landungs- und Empfangsfeierlichkeiten von amerikanischen Rundfunkstationen auch auf dem Berliner Sender sowie alle übrigen angeschlossenen deutschen Sender zu übertragen.

Coolidges Interesse

WTB. **Washington**, 13. Okt. (Tel.) Präsident **Coolidge** verfolgt den Flug des „Graf Zeppelin" mit gespanntem Interesse. „Herald Tribune" zufolge beabsichtigt Coolidge, nach Eintreffen des Luftschiffes in Lakehurst der deutschen Regierung Glückwünsche auszusprechen.

Letzte Nachrichten

Reichsaußenminister Dr. Stresemann reist von Baden-Baden ab

WTB. **Baden-Baden**, 13. Okt. Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** verläßt am Sonntag im Salonwagen Baden-Baden. Der Aufenthalt im Hotel „Bellevue" hat den Reichsaußenminister soweit gestärkt, daß er Ende d. M. seine Arbeit wieder aufnehmen kann. Dr. Stresemann beabsichtigt, noch einige Tage in **Wiesbaden** im Hotel „Rose" zu verbringen.

Zum Fall Horan

WTB. **Paris**, 13. Okt. (Tel.) Die Agentur Havas berichtet, daß in die Angelegenheit **Horan** ein dem Pressedienst des Quai d'Orsay zugeteilter **Attaché,** und ein französischer Journalist verwickelt ist, der nebenbei auch für die Hearstpresse gearbeitet haben soll. Die Agentur Havas gibt bekannt, daß nunmehr festgestellt werden müsse, inwieweit gegen die in die Angelegenheit verwickelten Beamten und Journalisten auf Grund der gesetzlichen Strafbestimmungen vorgegangen werden kann. In Frage kämen Geldstrafen von 100 bis 500 Franken und Gefängnisstrafen von 2 bis 5 Jahren. Das „Petit Journal" bringt das Gerücht auf, Horan habe für die Beschaffung des Dokuments 10 000 Dollar ausgegeben und fragt, wer habe diese erhalten, etwa der französische Journalist oder de Beamte des Quai d'Orsay oder noch jemand anders? Es sei wahrscheinlich, daß die Summe unter die verschiedenen in diese Angelegenheit verwickelten Personen verteilt worden sei.

Der Generalstreik in Lodz und Umgebung beschlossen

WTB. **Warschau**, 13. Okt. (Tel.) Bei der gestrigen Besprechung der Gewerkschaften ist der erwartete **Generalstreikbeschluß** zur Unterstützung der Forderungen der Textilgewerkschaften Tatsache geworden. Der Generalstreik wird **am Montag einsetzen.** Gestern wurden in Lodz zahlreiche Arbeiterversammlungen abgehalten, in denen eine Entschließung angenommen wurde, in der die Haltung des Textilindustriellen als eine unerhörte Provokation gebrandmarkt wird. Weiter wird erklärt, daß der Regierungsvorschlag einer Lohnerhöhung von 5 Proz. ungenügend sei. Der Kampf müsse weitergeführt werden bis zur vollkommenen Realisierung der Forderungen.

Südamerika und der Antikriegspakt

WTB. **Washington**, 13. Okt. (Tel.) **Kellogg** sprach die **Überzeugung** aus, daß alle **südamerikanischen Länder** schließlich dem Antikriegspakt beitreten würden. Bisher seien nur freundliche Äußerungen aus diesen Ländern über das Ziel des Vertrages eingetroffen.

* Das kommunistische Volksbegehren

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das **kommunistische Volksbegehren,** den **Panzerkreuzer** betreffend, eine große Blamage für die Kommunisten werden. Es dürfte außerhalb ihrer eigenen Reihen nur ganz wenige Menschen geben, die ihnen diese Blamage nicht von Herzen gönnen.

Der ganze Fall ist sehr lehrreich. Zunächst für die Beurteilung der **Agitationskraft,** die zur Zeit von der kommunistischen Partei entwickelt zu werden vermag. Man muß gestehen, daß sie doch **recht gering** ist. Denn aus dem bisherigen Ergebnis der Listeneintragungen für das Volksbegehren ersehen wir, daß noch nicht einmal alle Mitglieder der Partei selbst zu den Listen geeilt sind, geschweige denn nennenswerte Scharen von Angehörigen anderer Parteien oder Organisationen.

Die Kommunisten hatten geglaubt, mit ihrem Volksbegehren die Welt aus den Angeln heben zu können. Und siehe da! Sie finden im Volk fast gar keinen Resonanzboden. Die Öffentlichkeit interessiert sich für viele andere Dinge **mehr** als für dieses Volksbegehren. Natürlich liegt das zum Teil daran, daß die Sozialdemokraten, die ja an und für sich ebenfalls Gegner des Panzerkreuzerbaues sind, es von vornherein abgelehnt haben, sich vor den Wagen der Kommunisten spannen zu lassen. Damit aber die Kommunisten vollends keinen Grund bekommen, ihre Aktion irgendwie parteipolitisch auszuschlachten, beweist ihnen die sozialdemokratische Presse beinahe täglich die ganze widerspruchsvolle Torheit ihres Beginnens, indem sie den ausschweifenden Militarismus des in Rußland regierenden Kommunismus abkonterfeit und daneben den scheinbaren Antimilitarismus des deutschen Kommunismus ironisch beleuchtet.

Noch aus einem andern Grunde ist das ganze Schauspiel bedeutsam. Man muß nämlich nach dem bisherigen Ergebnis der Listeneintragungen den Eindruck gewinnen, daß überhaupt die ganze Panzerkreuzerfrage von der öffentlichen Meinung lange nicht als so brennend empfunden wird, daß man sich deswegen ernstlich aufregen möchte. Wie tief war doch seinerzeit die Erregung bei dem Volksbegehren, die Fürstenabfindung betreffend! Wie leidenschaftlich wurde doch damals das zur Debatte gestellte Problem erörtert! Kaum eine Familie gab es, in welcher man nicht dazu Stellung genommen hätte, sei es dafür, sei es dagegen. Und heute? Die große Mehrheit des deutschen Volkes scheint der Meinung zu sein, daß es **andere** Fragen gibt, die **wichtiger** und **einschneidender** sind als die Panzerkreuzerfrage. Wir selbst enthalten uns eines Urteils darüber, ob das zu begrüßen ist oder nicht. Wir registrieren nur die Tatsache.

Der Realpolitiker wird sich nach solchen Tatsachen zu richten haben. Der Realpolitiker wird sich zum Beispiel fragen: Welchen Zweck kann es haben, um einer Angelegenheit willen, die das Volk im tiefsten Innern offenbar gar nicht so sehr berührt, eine **Regierungskrisis** heraufzubeschwören? Denn, wenn die Sozialdemokraten das Wort des Parteivorsitzenden Wels wahrmachen und im Reichstag sowie im Kabinett kategorisch die Annulierung des Panzerkreuzerbaues verlangen, dann ist unter Umständen mit einer Krisis innerhalb der Koalition zu rechnen. Gewiß können die Sozialdemokraten im Reichstag und im Kabinett von den übrigen überstimmt werden, und dann ist ihre Forderung eben abgelehnt worden. Aber noch weiß man nicht, ob die übrigen Koalitionsparteien, in erster Linie Zentrum und Demokraten, dazu bereit sein werden. Und ferner: wenn die Sozialdemokratie wirklich überstimmt wird, ist das für sie in den Augen ihrer Anhänger gewiß nicht angenehm: der radikale Flügel und die Kommunisten werden zweifellos die Ablehnung der Forderung als eine schwere politische Niederlage der Partei auffrisieren und agitatorisch ausnützen.

So kommt zu mancherlei anderen Schwierigkeiten unserer inneren und äußeren Politik, die gewiß groß genug sind, noch diese Schwierigkeit der Panzerkreuzerfrage. Vielleicht wäre es am besten, zunächst einmal das endgültige Ergebnis der Listeneintragungen zum kommunistischen Volksbegehren **abzuwarten** und **dann** erst Entscheidungen zu fällen. Sollte, wie man wohl erwarten muß, das Ergebnis ein ganz klägliches sein, dann kann man es sich noch überlegen, ob man jetzt noch hinterher diese Angelegenheit womöglich zum Ausgangspunkt einer Regierungskrisis werden lassen will.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dr. Hilferding über Fragen der Finanzpolitik

Auf einer öffentlichen Kundgebung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in **Berlin** ergriff Reichsfinanzminister Dr. **Hilferding** das Wort zu einem Vortrag über Fragen der Finanzpolitik. Für den nächsten Etat sei eine Steigerung der Reparationsausgaben um etwa 312 Millionen Reichsmark zu erwarten, während auf der Einnahmeseite große Posten fehlten, die noch im vorigen Etat enthalten waren. 165 Millionen Reichsmark Münzgewinn, 125 Millionen Reichsmark Überschüsse aus den früheren Jahren seien verbraucht, so daß in diesem Jahre für einen **Ausfall von 600 Millionen Reichsmark** Ausgleich geschaffen werden müsse. Zur Bilanzierung eines Etats gäbe es nun drei Wege: erstens Ersparnisse zu machen, zweitens die Hoffnung auf vermehrte Einnahmen aus Steuern und drittens den Weg neuer Steuern. Vom Bruttoetat von etwa 12 Milliarden würden etwa die Hälfte als Überweisung an die Länder und Gemeinden gehen, während dem Reich ein Nettobetrag von 6,3 Milliarden übrig bleibe. Der größte Teil hiervon werde durch zwangsläufige Ausgaben, die durch die bestehenden Gesetze hervorgerufen sind, verbraucht. Der Weg einer Änderung der Gesetzgebung sei aber kaum zu beschreiten. Weder die Kriegsbeschädigten noch die Beamten mit ihren Gehältern, noch schließlich die Sozialversicherung könnten gekürzt werden. Unter Berücksichtigung der Reparationslasten von 1,2 Milliarden Reichsmark blieben dann nur eine Milliarde Reichsmark für Sachausgaben übrig. Ersparnisse auf diesem Gebiet bedeuteten einen Verzicht auf Wünsche und gewisse Ausgaben im Interesse des Volkes. Was die zweite Möglichkeit betreffe, so entspreche die schwierige Entwicklung der Einnahmen voll den Erwartungen. Die Steuereinnahmen des ersten Halbjahres hätten mit rund 4,5 Milliarden Reichsmark das Etatsoll um 100 Millionen überschritten. Die weitere Entwicklung der Einnahmen sei aber von der Konjunkturentwicklung abhängig. Bei optimistischer Beurteilung könnte so eine gewisse Reserve erhofft werden, doch dürfe nicht vergessen werden, daß durch den Rückgang gewisser Zolleinnahmen andererseits wieder ein Ausfall entstehen werde. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch das Beschreiten der ersten beiden Wege die Schritte auf dem dritten Wege nicht allzu zahlreich gemacht werden. Der deutsche Steuerdruck sei hoch, und die Steuern müßten so gewählt werden, daß der Druck auf die Wirtschaft nicht etwa durch eine falsche Technik oder falsche Auswahl des Steuerobjekts unerträglich würde.

Zu den Sorgen über den ordentlichen Etat komme aber noch die Sorge für den **außerordentlichen** Etat. Aus dem Jahre 1926 bestände noch ein Fehlbetrag von 661 Millionen Reichsmark, der in den Etat für ordentliche Ausgaben übernommen worden sei, und dadurch die Geldlage des Reiches beengt habe. Es dürften daher in diesem Jahre keine nennenswerten außerordentlichen Ausgaben entstehen. Aus reparations- und währungspolitischen Gründen könne ein Defizit nicht zugelassen werden.

In der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt von einem im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf die Rede gewesen, durch den die **Sozialverwaltung** umgestaltet werden solle. Dabei ist über die angebliche Absicht berichtet worden, in den neuen Reichshaushaltsplan Mittel für die **künftige Reichssozialverwaltung** anzufordern. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erneut bekannt gegeben: Im Zusammenhang mit den Arbeiten am Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, der im sechsten Abschnitt die Arbeitsaufsicht behandelt, ist im Reichsarbeitsministerium auch die im vorläufigen Reichswirtschaftsrat erörterte Frage einer Neuordnung der Sozialverwaltung geprüft worden. Dabei sind verschiedene unverbindliche Referentenentwürfe ausgearbeitet worden. Sie werden aber — wie der Presse schon früher mitgeteilt wurde — nicht mehr verfolgt. Umso weniger kann selbstverständlich davon die Rede sein, daß in den neuen Reichshaushaltsplan Mittel für eine Reichssozialverwaltung eingesetzt werden sollen.

*

Eine Rede des Reichsernährungsministers

WTB. **Berlin**, 13. Okt. (Tel.) In der heute eröffneten Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels begrüßte namens der Reichsregierung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, **Dietrich** (Baden), die Versammelten mit einer Rede, in der er erklärte, der Einzelhandel sei immer noch ein prächtiger und leistungsfähiger Bestandteil des Mittelstandes. Die Konkurrenz der **Konsumvereine** solle immer noch nicht so ins Gewicht, daß man von einer Verdrängung des Einzelhandels ernstlich reden könne. Die Konsumvereine haben nur eine Existenzberechtigung, wenn sie ohne staatliche Begünstigung dem Einzelhandel gewachsen sind. Irgendeine steuerliche oder sonstige Bevorzugung läßt sich nicht verantworten. Die vom Handel beanstandete Aktion des letzten Reichstags zur **Nationalisierung des Genossenschaftswesens** ist nicht nur notwendig angesichts der Zustände, die sich da und dort herausgestellt haben, sondern auch im Interesse der Verbesserung der Absatzverhältnisse der Landwirtschaft. Die Standardisierung gerade der im Kleinhandel eine besondere Rolle spielenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist eine Voraussetzung dafür, daß der inländische Produzent wieder bestehen kann. Der Redner wies auf die katastrophale Lage hin, die in der Landwirtschaft dadurch entstanden ist, daß der Großhandelsindex für Agrarstoffe Mitte September 133,5 war, während der Index für Fertigfabrikate, also für das, was der Bauer kaufen muß, sich auf 140—160, bei Textilien und Schuhwerk auf nahezu 180 beläuft. Der Einzelhandel ist auf Gedeih und Verderb mit dem Grade der Wohlhabenheit der ganzen Bevölkerung verbunden, der Grad der Wohlhabenheit des Gesamtvolkes hängt aber entscheidend davon ab, daß der größte Erwerbszweig, die **Landwirtschaft**, nicht völlig verarmt. An den Detailhandel wie an das ganze deutsche Volk ist die Bitte zu richten, den inländischen Produzenten den Vorzug zu geben.

Konferenz der süddeutschen Landwirtschaftskammern. In Darmstadt fand eine Konferenz sämtlicher süddeutscher Landwirtschaftskammern statt. Neben der allgemeinen Lage der Landwirtschaft wurden behandelt die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, insbesondere die Umschuldung und die Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ferner die Stellung der Landwirtschaft zur Erhöhung der Eisenbahntarife, sowie zu dem Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat und andere wichtige Punkte.

Die Auflösung der Gutsbezirke in Preußen ist zum größten Teil durchgeführt. Nur bei einem Rest von etwa 800 Gutsbezirken ist die Entscheidung über die Art der Auflösung noch nicht getroffen. Während nachdem in der verflossenen Woche vom Preußischen Landtag gefaßten Beschlusse die Wahlen für die kommunalen Körperschaften allgemein im 1. Viertel 1929 stattfinden sollen, werden die Wahlen für die durch die Auflösung der Gutsbezirke neugeschaffenen kommunalen Gebilde **am 2. Dezember** d. J. stattfinden.

Lloyd George zur britischen Außenpolitik

WTB. **London**, 13. Okt. (Tel.) In einer Rede auf der Tagung der Liberalen Partei in **Yarmouth** erklärte **Lloyd George**, die auswärtige Politik der Regierung bringe den Frieden der Welt in Gefahr.

Er bezeichnete die Fortdauer der **Rheinlandbesetzung** nach Erfüllung der deutschen Verpflichtungen als Verletzung eines feierlichen Vertrages. Deutschland, so erklärte er, hat alle seine Abrüstungsverpflichtungen dem Buchstaben und dem Geiste nach erfüllt, aber vier Jahre hindurch hat die englische Regierung nichts getan, um die von ihr im Jahre 1919 übernommene feierliche Verpflichtung zu erfüllen. Der **englisch-französische Pakt** ist das verhängnisvollste Ereignis seit dem Kriege. Sich als Gegner Italiens aufzuspielen, ist der Gipfel der Torheit. Aber der Gegner Amerikas sein zu wollen, ist heller Wahnsinn. Lloyd George betonte, daß Frankreich und die Tschechoslowakei morgen 8 Millionen Soldaten ins Feld stellen könnten. Aber wenn man auf die Abrüstungskonferenz geht, so fuhr Lloyd George fort, darf man darüber nicht sprechen, und unsere Vertreter werden angewiesen, daß diese riesigen Reserven nicht in Betracht gezogen werden dürfen. Das ist **Betrug und Gaunerei**. Lloyd George bezeichnete es als vollkommen unsinnig, von deutschen Reserven zu sprechen, mit denen Frankreich verglichen werden könnte.

Lord **Cushendun** sei nur eine „ausgestopfte und aufgezogene Figur". Er wiederhole nur die Mitteilungen, die „in sein Grammophon gesetzt werden". England habe, um ein Abkommen zu erreichen, das Frankreich ermöglichen werde, den Kanal mit Unterseebooten zu füllen, etwas gebilligt, was den Frieden in Europa und in der Welt unmöglich machen werde. Dies bedeute ein völliges Abgehen vom „feierlichen Friedensvertrag", der Deutschland auferlegt worden war. Bei diesem Friedensvertrag handle es sich keineswegs um einen Vergleich oder einen Kontrakt, sondern um etwas, das **von Deutschland erpreßt** worden ist. Lloyd George rief: „Schande auf ein großes Land!" und fuhr fort: Großbritannien hat einen Fetzen Papier unterschrieben. Lloyd George betonte, daß wenn der augenblicklichen Politik nicht Halt geboten werde, die Völkerbundssatzung eine Komödie sei und Locarno eine Falle. Unter riesigem Beifall schloß Lloyd George: Wenn man Frieden will, muß man für den Frieden arbeiten! Man muß für den Frieden dieselben Opfer bringen, die man für den Krieg bringen würde. Dies wird die größte, edelste und heiligste Aufgabe sein, deren Vollendung sich der Liberalismus im Interesse der Menschheit zur Aufgabe gemacht hat.

Deutschland zu den Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz

Der vom **Reichskabinett** verabschiedete **Gesetzentwurf** zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz geht auf die Beschlüsse dieser Konferenz zur Überwindung der Handelshemmnisse zurück. Die Konferenz hatte empfohlen, Kollektivabkommen über die Aufhebung der Aus- und Einfuhrverbote und Beschränkungen abzuschließen. Von den drei Möglichkeiten des Abschlusses von Kollektivverträgen, von Handelsverträgen und schließlich dem Wege autonomen Vorgehens wird für die deutsche Regierung der Abschluß von Handelsverträgen das Primäre sein und bleiben. An einen autonomen Zollabbau ist nur gedacht in Ergänzung der bereits abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Handelsverträge. Weiter ist zu bemerken, daß bei einem autonomen Zollabbau nur handelspolitisch nicht mehr verwertbare Positionen in Frage kommen können. Der Artikel 2 des Gesetzentwurfes handelt von den Änderungen des Zolltarifs, während der Art. 3 das Inkrafttreten des Gesetzes regelt. Das Abkommen ist bisher noch von keinem anderen Staat ratifiziert worden.

Die neuen Besatzungszwischenfälle

Die Pfälzische Regierung hat einen hohen Beamten mit der Einleitung der Ermittlungen über den neuen **Flaggenzwischenfall in Zweibrücken** beauftragt. Die Staatsanwaltschaft hat im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung eine Belohnung von 2000 *RM* für die Ermittelung der Leute ausgesetzt, die die Trikolore vom französischen Offizierskasino heruntergeholt haben. Bisher wurde als einzige Zeugin die Frau eines Laternenanzünders ermittelt, die während der Nacht zwei Männer mit der abgerissenen Fahne davonlaufen sah.

*

Anläßlich der Burgbeleuchtung in Königstein (Taunus) hatte, wie gemeldet, die Kurkapelle das **Deutschlandlied** gespielt, wozu der Kapellmeister die Erlaubnis des Bürgermeisters erhalten hatte. Die **englische Besatzungsbehörde** hatte gegen Bürgermeister **Böhm** und Kapellmeister **Hiege** Anklage wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Rheinlandkommission über das Deutschlandlied erhoben, über die am Freitag vor dem englischen Militärgericht in **Wiesbaden** verhandelt wurde. Der Militärstaatsanwalt hob hervor, daß die Bestimmungen über das Deutschlandlied erlassen worden seien, um Zusammenstöße zwischen der deutschen Bevölkerung und den Besatzungstruppen zu vermeiden. Das Absingen des Deutschlandliedes sei bei amtlichen Feiern erlaubt, aber bei **öffentlichen** Veranstaltungen im Freien sei die Erlaubnis der Besatzungsbehörde einzuholen. Da die Angeklagten dieser Vorschrift nicht nachgekommen seien, hätten sie sich strafbar gemacht. Das Gericht verurteilte den Bürgermeister unter Würdigung der Tatsache, daß er keine schwere Handlung begangen habe, und eine Provokation nicht beabsichtigt gewesen sei, zu **100 *RM* Geldstrafe**, während der Kapellmeister freigesprochen wurde.

Das Schlichtungswesen

Am 16. Oktober findet auf Anregung des Reichsarbeitsministers **Wissel** zwischen den Vertretern der **Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften** eine Aussprache über eine etwaige Reform des Schlichtungswesens statt. Minister Wissel, als langjähriger Schlichter von Berlin und der Provinz Brandenburg, selbst reich erfahren in der Schlichtungspraxis, hat unmittelbar nach dem Antritt seines Amtes die beiden beteiligten Parteien zu dieser Konferenz geladen, um, wie er einem Mitgliede der Redaktion der „Voss. Ztg." auseinandergesetzt hat, festzustellen, ob eine Reform des Schlichtungswesens, wie sie in der letzten Zeit so oft gefordert worden ist, wirklich durchgeführt werden muß.

Der Minister will, wie er erklärte, zunächst die Rolle eines Beobachters übernehmen. Bisher scheinen **Reformvorschläge** nur in sehr geringer Zahl eingereicht worden zu sein. Die Parteien werden sie wohl erst in der Konferenz selbst vorbringen. Wie der Reichsarbeitsminister ferner mitteilt, sind in seinem Ministerium bisher **keinerlei Vorbereitungen** wegen einer Änderung der Schlichtungsordnung getroffen worden. Man will erst die Ergebnisse der Konferenz abwarten und wird sich dann erst schlüssig werden, ob derartige Reformen angebracht sind. Der Minister hat aus den bisherigen Debatten die Überzeugung gewonnen, daß es sich trotz aller Angriffe gegen das Schlichtungswesen nicht um dessen Beseitigung handeln könne. Er sieht in dem modernen sozialen Schiedsgerichtsprinzip einen der Eckpfeiler der modernen sozialen Demokratie. Auch das staatliche Schlichtungsverfahren läßt den Parteien durchaus noch Raum zum eigenen Handeln. Der Minister erklärte, daß ein sozialer Staat es sich niemals nehmen könne, dort einzugreifen, wo **die Parteien** nicht selbst den Weg zur Verständigung finden.

Die Frage der Reichsreform

Der bayerische Standpunkt

Die bayerische Staatsregierung steht, wie nach Informationen an maßgebender Münchener Stelle gesagt werden kann, den Vorschlägen der Denkschrift des Bundes zur Erneuerung des Reiches **ablehnend** gegenüber mit der Auffassung, daß letztes Ziel auch dieser Vorschläge nichts anderes als der **Einheitsstaat** sei. Die bayerische Regierung steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß Reichseinheit da zu bejahen ist, wo Reichsnotwendigkeit in Frage kommt. Daß aber der Einheitsstaat geradezu verhängnisvoll für das deutsche Volk wäre, wo Reichsnotwendigkeiten, wie beispielsweise in der Außenpolitik, nicht in Frage stehen. Die Konstruktionen der Denkschrift zur künftigen Gestaltung Preußens bezw. des aus Preußen und den norddeutschen Staaten zu bildenden Reichslandes, sieht man als unmöglich an. Insbesondere steht man auch der Verteilung der Stimmen in dem vorgesehenen Reichsrat ablehnend gegenüber, da 71 Stimmen des norddeutschen Reichslandes nur 18 Stimmen der süddeutschen Länder gegenüberstehen würden.

Die bayerische Staatsregierung ist der Auffassung, daß eine Besserung der Verhältnisse nur dadurch geschaffen werden kann, daß die **Reichszuständigkeiten**, soweit sie Reichsnotwendigkeiten betreffen, **genau abgegrenzt** werden, und daß alles, was nicht die Reichsnotwendigkeiten umfaßt, den **Ländern** überlassen wird. Auch in der Frage der Enklaven und Exklaven sieht sie bei gutem Willen Lösungsmöglichkeiten als gegeben, wobei allerdings nicht eine Terminologie Platz greifen würde, daß etwa **die Pfalz** als bayerische Exklave anzusprechen sei.

Hessen zu Luthers Vorschlägen

Wie die „Darmstädter Zeitung", das hessische Regierungsorgan, erfährt, sieht man in maßgebenden Kreisen in **Darmstadt** in den Vorschlägen des Lutherschen Bundes zur Erneuerung des Reiches **keine Lösung** der großen Probleme der Reichsreform.

Der Bund versuche mit seinen Vorschlägen den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen zu beseitigen. Hierbei stellte er ein um 7 Millionen Einwohner vergrößertes Preußen den verbleibenden süd- und mitteldeutschen Ländern noch unmittelbarer als bisher gegenüber. Nicht zu erkennen sei, wie auf dem vorgeschlagenen Wege die doch angeblich erstrebte **Dezentralisation** erreicht werden könne. Vom Standpunkt dessen, der einen stark dezentralisierten staatlichen Aufbau für erstrebenswert und möglich halte, sei es nicht vertretbar, 7 Millionen deutscher Staatsbürger, die ihre Angelegenheiten bisher selbst verwaltet hätten, in ein zentralisiert regiertes staatliches Gebilde, auch wenn es statt Preußen Reichsland heiße, einzubeziehen. Eine so tiefgreifende Änderung verlange gleichzeitig entscheidende Schritte, die ein **wirkliches Eigenleben** der einzelnen Teile des Reiches sicherstellten. Die hessische Regierung beabsichtige, in dem Länderausschuß zu den Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform eingehend Stellung zu nehmen.

Die Aussperrungen im Rheinland

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat nach einer Meldung aus Düsseldorf beschlossen, am 16. Oktober eine allgemeine Vertreterkonferenz einzuberufen und die Arbeiterschaft aufgefordert, keinerlei eigenmächtige Schritte zu unternehmen. Die **Anrufung des Schlichters** ist also von dieser und auch von den übrigen Gewerkschaften bisher nicht erfolgt; sie ist aber zweifellos in Kürze zu erwarten. Inzwischen sind die **Kündigungen** den Arbeitnehmern am 13. Oktober **zum 1. November** zugestellt worden.

Der Schlichtungsausschuß wird laut „Vorwärts" von amtswegen in den **Lohnkonflikt im Textilbezirk** München-Gladbach-Rheydt eingreifen und hat zu kommendem Dienstag Verhandlungen anberaumt.

Vorgehen gegen den oberschlesischen Volksbund

Vor der Großen Strafkammer in **Kattowitz** wurde am Freitag gegen Frl. **Ernst** und 8 weitere Angeklagte zum zweitenmal verhandelt. Ihnen wurde zur Last gelegt, gegen verschiedene polnische Bürger, die nach Deutschland verzogen sind, den deutschen Behörden Auskünfte über die nationale und politische Gesinnung erteilt zu haben. Die Angeklagten waren im Jahre 1925 zu 2 bis 6 Jahren Festung verurteilt worden, während zwei der Angeklagten damals freigesprochen wurden. Der Staatsanwalt hatte damals sogar Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren beantragt. Aus Zeugenaussagen ging hervor, daß Bestechung von Volksbundangestellten und Aktendiebstahl beim deutschen Konsulat in Kattowitz vorgekommen sind, um die Beweise für die Schuld der Angeklagten in die Hand zu bekommen. Seitens der Staatsanwaltschaft ist gegen die Angeklagten dasselbe Strafmaß beantragt worden wie im Jahre 1926, und zwar von 6 Monaten bis zu 2 Jahren Gefängnis. Das **Urteil** lautete gegen die Hauptangeklagte Frl. Ernst auf **2 Jahre 2 Monate** Festung. Der Angeklagte Thomas erhielt **1½ Jahre Festung**, der Angeklagte Ganster **2 Jahre Festung**, die Angeklagte Stuzhelik, Zenge und Smiack je ein halbes Jahr Festung. Die beiden Angeklagten Dyllong und Witkowski wurden freigesprochen.

Gutgläubiger Erwerb von Auslosungsscheinen. Neuerdings ist die Frage aufgeworfen worden, ob ein gutgläubiger Erwerber von Auslosungsscheinen mit der Gefahr zu rechnen habe, seine Rechte zu verlieren, wenn sich nachträglich herausstellen sollte, daß die von ihm erworbenen Auslosungsscheine im Ablösungsverfahren auf Grund betrügerischer Umtauschanträge eines anderen ausgegeben waren. Das Reichsfinanzministerium stellt in Übereinstimmung mit der Reichsschuldenverwaltung amtlich fest, daß solche Besorgnisse völlig unbegründet sind.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei trat in **Dresden** zu einer auf drei Tage berechneten Sitzung zusammen. Unter den vollzählig vertretenen Fraktionsmitgliedern befinden sich auch die beiden Reichsminister **Koch-Weser** und **Dietrich**-Baden. Die Fraktion war Freitag abend in Gemeinschaft mit der sächsischen Landtagsfraktion Gast beim Landesvorsitzenden der Partei, Reichsminister a. D. **Külz**. Heute nachmittag werden Beratungen in Gemeinschaft mit der sächsischen Landtagsfraktion und einer Abordnung der preußischen Landtagsfraktion stattfinden.

Das Elsaß und der neue Festungsgürtel. Nachdem bereits die elsässische **Fortschrittspartei** in ihrem Wahlaufruf öffentlich gegen die geplanten umfassenden Festungsbauten an der neuen deutsch-französischen Grenze Einspruch erhoben hatte, wendet sich jetzt auch das **elsässische Zentrum**, die größte Partei des Landes, gegen diesen neuen Festungsgürtel, der sich von Basel bis Luxemburg erstrecken soll und etwa sieben Milliarden Franken verschlingen wird. Im Interesse der Steuerzahler und im Sinne der Abrüstung der Geister wird allgemeine Abrüstung gefordert. Das Elsaß wolle nicht länger militärisches Aufmarschgebiet sein.

General Percin †. Im Alter von 82 Jahren starb in Paris der bekannte Militärschriftsteller General **Percin**, der sich in den letzten Jahren durch sein energisches Eintreten für eine deutsch-französische Verständigung hervorgetan hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von der Heidelberger Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft

In aller Stille hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft die umfassende Arbeit aufgenommen, die sich in rund hundert Versammlungen und Sitzungen abspielen wird. Was jetzt in den etwa 80 Ausschußsitzungen beraten wird, bildet die Grundlage aller Forschungsarbeit, die später für die große Praxis zur Auswirkung gelangen soll. Zunächst handelt es sich darum, in den Ausschüssen die Anträge zur Schauordnung für die 35. Wanderausstellung München 1929 durchzuberaten und zur Vorlage in den Abteilungsversammlungen fertigzumachen. Von der Arbeit der am Donnerstag und Freitag tagenden Ausschüsse sei u. a. die Bestrebung erwähnt, das Zuchtziel beim Hohenfleckvieh einheitlicher zu gestalten. Über die öffentliche Versammlung des Sonderausschusses für Mais wurde bereits berichtet. Sie nahm unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsrat **Buß**, Rastatt, einen erfreulichen Verlauf. Zunächst berichtete, wie gemeldet, Professor Dr. h. c. **Fingerling**, Leipzig, über: **Die Vorteile der Maissilage in der bäuerlichen Wirtschaft.** In dem Bestreben, die bäuerlichen Wirtschaften mit ausreichenden Mengen guten Rauhfutters zu versorgen, hat man versucht, eine Konservierung verschiedener Futterpflanzen durch Einsäuern zu erzielen; das aber gelingt nur in seltenen Fällen. Die einzige Futterpflanze die Massenerträge an Nährstoffen liefert, und die sich mit großer Sicherheit auf dem Wege der Einsäuerung in eine gute Dauerware verwandeln läßt, ist der Mais, und von den Maissorten sind es ganz besonders solche, die es unter unseren klimatischen Verhältnissen zur Kolbenbildung bringen. Grundbedingung für ein sicheres Konservieren ist ein gewisser Reifezustand, den man die Siloreife nennt. Diese Siloreife erreichen in den meisten Gegenden Deutschlands die frühreifen Sorten, wie namentlich der badische Mais. Der Mais mit seinen hohen Erträgen schafft soviel Rauhfutter, daß eine ausreichende Versorgung der Kühe in dieser Richtung sichergestellt ist. Für den Landwirt, der seine Silos mit Mais gefüllt hat, gibt es keine Futternot mehr.

Hiernach sprach Saatzuchtinspektor Dr. **Lieber**, Rastatt, über: **Die Entwicklungsmöglichkeiten des Maisbaues in Deutschland.** Der deutsche Maisbau ist in den letzten Jahren, so führte Redner aus, aus verschiedenen Gründen in ein ganz besonders lebhaftes Entwicklungsstadium gekommen. Als Hauptgrund kann die Ausbreitung des Silowesens in Deutschland angesehen werden. Als Grundlage eines sicheren Maisbaues in Deutschland muß die Maiszüchtungstätigkeit der letzten Jahrzehnte gelten. Für die wirtschaftliche Durchführung der Maiskultur kommt in der Hauptsache der Silomaisbau in Frage, der auf bodenständigem deutschen Saatgut beruht. Für die Wahl der praktischen Aussaatzeit sind die verschiedensten Gesichtspunkte maßgebend. Für den Körnermais empfiehlt sich eine möglichst frühe Saatzeit, während der Silomais mit Vorteil später gesät wird. Die Saattiefe hängt mit der Saatzeit ohne weiteres zusammen. Die Pflanzweite beeinflußt das Ernteergebnis sowohl beim Körnermais als auch beim Silomais in größerem Umfang. Die Ernte des Körnermaises und die nachfolgende Trocknung sind in größerem Umfange erschwerende Handarbeiten, die die Ausdehnung des Körnermaisbaues bis heute immer gehemmt haben. Bei der Silomaisernte werden mit Vorteil Gespannarbeiten verwendet. Jedenfalls spricht die geringe Arbeitsbeanspruchung neben der Ertragssicherheit sehr zugunsten des Silomaisbaues.

Beide Vorträge wurden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Eine anregende Aussprache schloß sich an, die bei verschiedenen Punkten eine weitere Klärung herbeiführte.

Eine Mystifikation. Mannheimer Zeitungen sind das Opfer einer Mystifikation dadurch geworden, daß unter Mißbrauch des WTB.-Namens eine noch unbekannte Person eine **Falschmeldung** telephoniert hat, wonach der Redakteur des „Vorwärts", Victor **Schiff**, der vor einigen Tagen an dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Schulz für die gestörte Rundfunkübertragung Rache mit der Faust geübt hatte, von Unbekannten überfallen und schwer verletzt worden sei.

Ein kommunistisches Eingeständnis. Die Berliner „Welt am Abend" veröffentlicht einen Aufruf des Reichsausschusses für Volksentscheid gegen Panzerkreuzer zur Einzeichnung, in dem es heißt: „Wir fühlen uns verpflichtet, vor Euch offen zu erklären, daß die Zahl der bisherigen Einzeichnungen durchaus unzureichend ist. **160 000** Unterschriften sind vollzogen, und 800 000 müssen wir in Berlin bis zum 16. Oktober aufbringen.

Mißhandlung des Sozialisten Grumbach. Dem „Petit Parisien" wird aus **Mülhausen** gemeldet, daß der sozialistische Abgeordnete **Grumbach**, als er in einer Wahlversammlung in Colmar sprechen wollte, in der der Abgeordnete **Rossé** das Wort ergreifen sollte, von jungen Leuten der katholischen Vereinigungen von Wettolsheim und Wittenheim angegriffen und **übel zugerichtet** wurde. Auch einem Redakteur der Zeitung „La France de l'Est" wurde übel mitgespielt, ebenso einem Kriegsbeschädigten. In der Versammlung kam niemand zu Worte, sie mußte aufgelöst werden.

Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Straßburg. Das Pariser „Journal" veröffentlicht eine Meldung aus **Straßburg**, wonach der Erzbischof von Straßburg, Ruch, vom Papst und vom Kardinalstaatssekretär Casparri je ein Schreiben erhalten habe, in denen sein Hirtenbrief und sein Brief an die Geistlichkeit des Elsaß gebilligt und er zu seiner Haltung beglückwünscht werde.

Nachwahlen in England. Bei den Ergänzungswahlen in **Tavistock** erhielt der Konservative, General Wright, 10 745 Stimmen, der Liberale, Fletscher, 10572, der Kandidat der Arbeiterpartei, Davies, 2449. Bei den Wahlen hatten seinerzeit die Konservativen mit einer Mehrheit von 1300 Stimmen gesiegt. Der Wahlkampf war sehr scharf. Der Ausgang der Wahlen gilt als ein wichtiges Anzeichen für die Stärkeverhältnisse der Parteien in Westengland.

Revolverkämpfe im Zentrum Sofias. Freitag abend 7.30 Uhr wurden Straßenpassanten im Innern der Stadt von zahlreichen Revolverschüssen überrascht. Einige Mazedonier, die aus einem von Mazedoniern viel besuchten Café heraustraten, wurden mit Revolverschüssen empfangen und erwiderten das Feuer. Dabei wurde eine Person getötet und fünf verletzt. Unter ihnen drei Straßenpassanten. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Staatspräsidentenwahl in Ecuador. Die Nationalversammlung von Ekuador wählte in **Quito** den bisherigen provisorischen Staatspräsidenten, Dr. **Ayora**, zum verfassungsmäßigen Präsidenten der Republik.

Eisenbahnunglück in Schottland

WTB. **Glasgow**, 13. Okt. (Tel.) Gestern abend ereignete sich ein ernster **Zugzusammenstoß** in einem Tunnel außerhalb des Queenstreetbahnhofes von **Glasgow**. Ein Mann wurde getötet, die Zahl der Verletzten beträgt 50. Einer der beschädigten Züge war der Abendexpreß nach London. Die Dunkelheit des Tunnels erhöhte den Schreck des Unglücks. Bedeckt von Ruß und Rauch und Teer, arbeiteten die Eisenbahnangestellten und Ärzte verzweifelt, um den Verletzten und den in den Trümmern Eingeteilten zu helfen.

Badischer Teil

Auch eine Koalitionsbetrachtung

II.

Staatspräsident Dr. **Remmele** führt in seinem Artikel im Karlsruher „Volksfreund" weiter aus:

Als Argument für die Forderung, es müsse künftig eine andere Landespolitik gemacht werden, hat man nicht zuletzt die Personalpolitik in der inneren Verwaltung ins Feld gestellt. In beiden Parteien herrscht hierüber Unzufriedenheit. Zentrumsleute kämen hier nicht vorwärts, hört man von der einen Seite sagen und meine Parteifreunde erklären, Sozialdemokraten würden keinen Eingang finden.

Stände hierbei nicht das Kapitel: Pflichtbewußtsein auf dem Spiele, dann würde ich darüber auch weiterhin — wie bisher — in der Öffentlichkeit kein Wort sagen. So aber sei mir einmal gestattet, allen, die einer Belehrung zugänglich sind, reinen Wein einzuschenken.

In der gesamten inneren Verwaltung des Landes Baden sind 167 akademisch gebildete Beamte tätig; 55 von diesen sind nach dem Jahre 1918 in den Staatsdienst übernommen worden. 19 von diesen 55 haben ihr erstes Staatsexamen überhaupt erst nach der Staatsumwälzung gemacht und sich für den Eintritt in den Staatsdienst entschieden; die übrigen 36 Herren standen schon während des Krieges in unplanmäßigen Stellen in staatlichen Diensten. Diese Zahlen ergeben sich nach der Beamtenliste, wobei ich nicht verschweigen will, daß außerdem noch eine geringe Zahl akademischer Beamter Verwendung fand, die mittlerweile wieder eines besseren Verdienstes wegen, den sie anderwärts erlangen konnten, aus dem Staatsdienst austraten. In diesem Zusammenhang sei übrigens bemerkt, daß das Geriß, in den Staatsdienst zu gelangen, bei den Akademikern gar nicht so groß ist, es sei denn, daß hierbei so etwas wie eine Familientradition und starke Neigung mitspricht.

Der jährliche Bedarf an akademischem Nachwuchs in der inneren Verwaltung stellt sich danach auf zwei bis fünf Herren. Nur wenn ein Beamter mit Tod abgeht, oder wenn Beamte in andere Behörden übersiedeln, gehen neue Stellen für planmäßige höhere Beamte auf. Vorgänge, wie in Preußen, wo Beamte in großer Zahl wegen illoyalen Verhaltens gegen den Staat diszipliniert werden mußten, kennt man in Baden kaum. In zehn Jahren gab es einen einzigen dieser Art. Wer beim Staat seine Pflicht tut, ist durch das Beamtengesetz derart geschützt, daß ihm kein Minister, selbst wenn dieser in totaler Verkennung seiner Pflichten es wollte, etwas anhaben kann. Über dem Minister steht der Disziplinarhof; dort sich eine Schlappe zu holen, wäre gewiß für das Ansehen der Republik kein Gewinn.

In Preußen, auf das immer hingewiesen wird, als Beweisstück dafür, wie es gemacht werden müsse, sind die Landräte, Präsidenten, Oberpräsidenten schon früher politische Beamte gewesen. Die Regierung hat dort das Bestätigungsrecht gegenüber den Vorschlägen der Provinz- und Bezirksversammlungen. Die Geschäfte der höheren (bezirklichen) Kommunalverwaltung und der unteren Staatsverwaltung werden in den Landratsämtern, in den Präsidien erledigt. In Baden hat der Staat in den Personalien der Kreisverwaltungen nicht mitzusprechen. Soweit aber die Staatsverwaltung in Betracht kommt, dürfte in der Frage der politischen Orientierung der jung nachgewachsenen, akademisch gebildeten Beamten jeder Vergleich mit Preußen zugunsten Badens ausfallen. Selbst die ältere Beamtenschaft steht nach meiner Kenntnis der Dinge, was ihre Einstellung zum neuen Staat anbelangt, dem übergroßen Teil der preußischen Beamtenschaft voran. Richtig ist, daß sich akademisch gebildete Beamte mit sozialistischer Weltanschauung und dem Zentrum zugehörende Beamte nur in wenigen Fällen in führenden Staatsstellungen der inneren Verwaltung befinden. Dieses Bild ändert sich jedoch sobald der Nachwuchs in die erforderlichen Dienstalter eingerückt sein wird. Ältere Beamte ohne äußeren Anlaß zur Disposition zu stellen, und dadurch den jüngeren Beamten Platz zu machen, geht nicht nach dem Beamtenrecht und ist auch wegen der damit verbundenen finanziellen Lasten nicht tragbar. Preußen hat im Jahre 1920, weil es verschiedene politisch unzuläßigen Beamten anders nicht beikommen konnte, ein Staatsrecht zum Zwecke der Dispositionsstellung von Beamten geschaffen. In Baden gab es hierzu keinen Anlaß.

Im Hinblick auf Vergleichszahlen wäre es allerdings möglich gewesen, mehr als es bisher geschehen ist, sozialdemokratisch gesinnte, akademisch gebildete Beamte unterzubringen. Wo aber sind oder wo waren solche? Die Städte zahlen höhere Gehälter als das Land und auch in diesen ist die Zahl sozialdemokratischer Beamter gering. Als jüngst die Gewerkschaften für die Besetzung der leitenden Stellen von Arbeitsämtern ein Vorschlagsrecht auszuüben hatten, und sie damit in die Lage versetzt waren, Männer aus ihren Kreisen auf diesem Gebiet in führende Stellungen zu bringen, da haben sie in ihrer Personalnot auf den Beamtenstamm des Staates zurückgegriffen. U a. holte man sich einen Genossen der Landespolizei nach Mannheim und er ging, konnte er dort doch ein Gehalt nach Gruppe 12 gegen vordem in Gruppe 10 alte Rechnung erzielen. Ist es nicht beelendend, daß die leitenden Stellen der Arbeitsämter fast durchweg mit Akademikern besetzt wurden? Wenn es eine passende Gelegenheit gab, Nichtakademiker vorwärts zu bringen, so war sie doch hier gegeben.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, wie klein beisammen die innere Verwaltung Badens ist und wie gering die Zahl der seit 1919 aufgenommenen akademischen Beamten, und stellen wir dieser Tatsache die andere gegenüber, daß sich die Masse der Beamten in der mittleren und unteren Laufbahn befindet (6600 an der Zahl), dann muß man es doch für recht sonderbar halten, daß nur die akademisch gebildete Beamtenschaft des Ministeriums des Innern Objekt der Betrachtung ist. Zu den vorhin gedachten 167 planmäßig bestellten höheren Beamten kommen noch 121 Beamtenstellen in den oberen Gruppen 1, 2a, 2b und 2c, die von Technikern, Ärzten und Beamten der mittleren Laufbahn (also Nichtakademikern) und von leitenden Polizeibeamten besetzt sind.

Ich sehe die hier in Frage stehende Kritik als eine politische Verirrung an, die sicherlich nicht wäre, wenn schon irgendwie einmal in Baden mit den Beamten Erfahrungen hätten gemacht werden müssen, wie in Preußen oder gar in Bayern (Pöhner usw.), oder wenn sozialistische Studenten und solche dem Zentrum zugehörende nach Abgang von der Hochschule von der Aufnahme in den Staatsdienst zurückgewiesen worden wären. Im Gegenteil, an Bemühungen, geeignete Vertreter der großen Parteien in Staatsstellen zu bringen, hat es nicht gefehlt, weil auch ich die Meinung vertrete, es kann keine Regierungspartei auf die Dauer die ihr zukommende politische Verantwortung tragen, wenn ihr die Möglichkeit vorenthalten bleibt, auf wichtigen Staatsstellen Anhänger ihrer Ideen und ihrer Weltanschauung zu haben. Daß dies bisher noch nicht in ausreichendem Maße erfolgen konnte, trifft zu, liegt aber in den obengeschilderten Verhältnissen. Es ist indes meine feste Zuversicht, daß dies im Verlaufe der allernächsten Jahre schon in stärkerem Ausmaße eintreten wird.

Nicht einer gewollten Polemik wegen stelle ich diese Betrachtung an, für Freunde und für politische Gegner wollte ich einmal sagen, wie ich zu den hier aufgeworfenen Fragen stehe. So etwas wie Selbstbesinnung möchte ich erzielen, damit die politische Luft reiner wird. Noch stehen vor den Toren der Republik Feinde — sehr ernst zu nehmende Feinde.

Tagung

Tagung der badischen Ärzte. Am 17. und 18. November findet in Karlsruhe der Badische Ärztetag statt.

Aus der Landeshauptstadt

Handelshochschulkurse — Beamtenhochschulkurse in Karlsruhe Die Kurse beginnen am 25. Oktober. Senatspräsident Dr. **Levis** setzt die Vorträge über das Recht der Schuldverhältnisse fort und hält am gleichen Abend Besprechungen über Bürgerliches Recht. Präsident z. D. **Flad** spricht über das Verwaltungsrecht des Deutschen Reiches. Diese öffentlich-rechtlichen Vorträge sind besonders mit Rücksicht auf die jetzt in erheblicher Zahl an den Kursen teilnehmenden Beamten aufgenommen worden, sie sind aber auch für die Kaufleute von nicht zu unterschätzendem Interesse. An Stelle von Professor Brauer, der einem Ruf nach Köln gefolgt ist, hat sein Nachfolger an der Technischen Hochschule, Professor Dr. **Wehrle**, die Vorträge über Volkswirtschaftslehre freundlicherweise übernommen, obgleich er z. Z. noch an der Handelshochschule Nürnberg tätig ist. Professor Wehrle ist den regelmäßigen Hörern der Handelshochschulkurse nicht unbekannt, da er schon 1922, als er noch Leiter des Badischen Landesamts für Arbeitsvermitlung war, im Sommersemester einen Kurs abgehalten hat. Er wird in diesem Winter die Außenhandelspolitik behandeln. Es ist diesmal auch gelungen, wieder einmal einen Kurs aus dem Gebiete der Betriebswirtschaftslehre vorzusehen. Handelsschuldirektor Dr. **Malteur**, Pforzheim, wird über Allgemeine Bilanzlehre lesen. Über die geschichtlichen Grundlagen der modernen Welt liest Professor Dr. Schnabel, Mittwoch, 8 Uhr, und am gleichen Abend, jedoch um 7 Uhr, hält (als Halbsemesterkurs vor Weihnachten) der Direktor des Goethe-Gymnasiums, Dr. **Ott**, Vorträge in englischer Sprache. Voraussichtlich werden dann nach Weihnachten noch Vorträge in französischer Sprache folgen.

Der Deutsche Scheffelbund e. V., Geschäftsstelle **Karlsruhe** (Baden), wird in diesem Jahre, Ende November, als vierte Gabe an seine Mitglieder den Briefwechsel zwischen Scheffel und Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach, herausgegeben von Oberstudiendirektor Dr. Konrad **Höfer**, Eisenach, verteilen.

Neue Jugendherberge in Karlsruhe. Da es in Karlsruhe immer an einer modern eingerichteten Jugendherberge gefehlt hat, so hat sich die Stadt entschlossen, im Luisenhaus eine solche zu errichten. Auch dies soll nur ein Provisorium für die nächsten Jahre sein. Die Räume bieten Gelegenheit zur Unterbringung von 30 bis 45 Wanderern im Erdgeschoß und 15 bis 20 Wanderern im Dachgeschoß. Am Sonntag findet die Einweihung der Jugendherberge statt.

Die zweite Süddeutsche Gastwirtsmesse 1929, eine der bedeutendsten wirtschaftlichen Veranstaltungen des nächsten Jahres, wird in der Zeit vom 27. April bis 7. Mai in der Städt. Ausstellungshalle zu Karlsruhe stattfinden. Man erwartet für diese Zeit einen starken Fremdenbesuch.

Badisches Landestheater. Das Chaos in der Struktur der Verhältnisse der modernen Oper scheint sich langsam zu klären. Der Kammeroper gehört die Zukunft, Schillings **„Mona Lisa"**, deren Wert stofflich in der psychischen Vertiefung der Charaktere beruht, zählt zu den Meilensteinen dieses Entwicklungsweges. In der Inszenierung von Dr. Hermann Wucherpfennig wird diese Oper am Sonntag, den 14. Okt., abends 19½ Uhr, in Szene gehen. Es wirken mit: die Damen Blank, v. Hartung, Scheidhacker, Seiberlich und die Herren Borodin, Frey, Kochendörfer, Laufkötter, Löser, Rühr und Strack. Die musikalische Leitung wird Rudolf Schwarz führen. — Die nächste Wiederholung von Georg Kaisers **„Von morgens bis mitternachts"** findet am Montag, den 15. Okt., statt. — Am Mittwoch, den 17. Okt., geht Emil Götts **„Schwarzkünstler"** als Schülervorstellung in Szene, wobei Platzkarten des 2., 3. und 4. Ranges dem allgemeinen Verkauf vorbehalten bleiben. Dieselbe Vorstellung wird am Donnerstag, den 18. Okt., wiederholt. Am Samstag, den 20. Okt., geht Ernst Lissauers Drama **„Das Weib des Jephta"** zum zweiten Male in Szene. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 21. Okt., das Lustspiel **„Arm wie eine Kirchenmaus"**, nach seiner so erfolgreichen hiesigen Erstaufführung zum drittenmal gegeben werden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß der quer durch Süddeutschland verlaufenden Wetterscheide mit den durch die Strömung verursachten starken Temperaturgegensätze ist es zu ergiebigen Regenfällen gekommen (Karlsruhe: 32 Liter pro qm). Eine wesentliche Druckumlagerung hat sich danach über den britischen Inseln gelagert, nachdem das bisher nördlicher gelagerte Hoch unter Verstärkung südwärts gewandert ist. Die dortige Tiefdruckwärme ist dadurch zum Abzug nach Südfrankreich gezwungen worden. Gleichzeitig hat ein nach Süden gerichtetes Hochdruckteil Nordostströmung und Temperaturrückgang gebracht; lediglich im Alpengebiet und in Süddeutschland fällt noch Regen. **Wetteraussichten für Sonntag:** Teilweise aufheiternd, und meist trocken, kälter, im Aufklärungsgebiet Nachtfröste.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim**, 13. Okt. Im 62. Lebensjahre ist Direktor Fr. E. **Keipp** gestorben. Er leitete die Kammabteilung der Rheinischen Gummi- und Zelluloidfabrik Mannheim-Neckarau. — Aus Braunschweig meldet man das Ableben des Direktors der dortigen Gasometerfabrik Wilke & Co., Dr.-Ing. Max **Pallenberg**, eines gebürtigen Mannheimers. Er hat ein Alter von 60 Jahren erreicht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. Okt. Geld	13. Okt. Brief	12. Okt. Geld	12. Okt. Brief
Amsterdam 100 G.	168.15	168.49	168.23	168.57
Kopenhagen 100 Kr.	111.92	112.14	111.95	112.17
Italien . . 100 L.	21.975	22.015	21,98	21.02
London . . 1 Pfd.	20.35	20.39	20.358	20.398
New York . 1 D.	4.196	4.204	4.1975	4.2055
Paris . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.385	16.425
Schweiz . . 100 Fr.	80.745	80.905	80.71	80.93
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	59.00	59.12
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.455	12.437	12.457

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

AUSSTEUER TAGE

DAS GROSSE HERBSTEREIGNIS

Günstigste Kaufgelegenheit für Brautleute, Hotels, Restaurants, Pensionen usw. zur vorteilhaften Ergänzung des Hausbedarfs

Besichtigen Sie unsere Schaufenster und überzeugen Sie sich durch Ihren Besuch von unserer Leistungsfähigkeit

GESCHW. KNOPF

Straßensperre.

Die Landstraße Nr. 13, Karlsruhe—Stuttgart, wird auf der Strecke km 7,561—7,930, d. i. in Grötzingen vom 15. Oktober an bis auf weiteres wegen Ausführung von Pflasterarbeiten für Fuhrwerke aller Art gesperrt. N.883

Umgehungsweg: Auf Ortsstraßen in Grötzingen.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 121 R.St.G.B. mit Geld bis zu 60 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1928. O.Z.96

Badisches Bezirksamt, Abteilung IV.

Handelshochschulkurse Karlsruhe und Beamtenhochschulkurse.

Winter-Semester 1928/29.

1. **Bürgerliches Recht.** Schuldverhältnisse II. Senatspräsident Dr. Levis, Dienstag 8 Uhr, Beginn 30. Oktober.
2. **Besprechungen über Bürgerliches Recht.** Senatspräsident Dr. Levis, Dienstag 9 Uhr, Beginn 30. Oktober.
3. **Deutsches öffentliches Recht.** Präsident z. D. Flad, Donnerstag 8 Uhr, Beginn 25. Oktober.
4. **Praktische Volkswirtschaftslehre.** Professor Dr. Wehrle, Freitag 8 Uhr, Beginn 26. Oktober.
5. **Betriebswirtschaftslehre.** Allgemeine Bilanzlehre. Direktor Dr. Malteur, Montag 8 Uhr, Beginn 29. Oktober.
6. **Geschichte.** Professor Dr. Schnabel, Mittwoch 8 Uhr, Beginn 31. Oktober.
7. **Vorträge in englischer Sprache.** Halbkurs. Direktor Dr. Ott, Mittwoch 7 Uhr, Beginn 31. Oktober.

Besuchsgebühr	für einen Kurs:	für alle Kurse:
kaufmännische Angestellte und Beamte	4 RM	12 RM
andere Hörer	6 RM	20 RM

Anmeldungen bei A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, E. Kundt, Müller & Gräff, J. Lindt's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath, Buchhandlung am Hauptpost und der Geschäftsstelle des Beamtenbundes, Nowackanlage 19.

Karlsruhe, Oktober 1928.

Das Kuratorium. 993

Korbmöbel Mercedes

Günstig ob Fabrik an Private! Bequeme Teilzahlung. Reichhalt. Katalog auf Wunsch. Korbmöbelfabrik Mercedes Lorch Wtb.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Philippsburg verpachtet im Wege öffentlicher Versteigerung am **Donnerstag, 18. Okt. 1928, vorm. 9 Uhr,** auf seinem Geschäftszimmer in Philippsburg die Ausübung der Jagd vom 1. Februar 1929 ab auf 6 Jahre.

1. **Untere Lußhardt II,** nordöstlich der Kriegbach ca 850 ha, davon 753 ha Wald.
2. **Molzau** bei Huttenheim, 436 ha, davon 340 ha Wald.
3. **Speyerer Grün** 229 ha, rechtsrheinisch gegenüber v. Speyer, davon 128 ha Feld, 66 ha Wasser (Rheinstrom) und 35 ha Wald. N.841

Die Pachtbedingungen können auf dem Geschäftszimmer des Forstamts Philippsburg eingesehen werden.

Jagdverpachtung.

Die Stabsgemeinde Durbach-Heimburg versteigert am **Samstag, den 20. Okt. 1928, nachm. 3 Uhr,** im Rathause dahier die etwa 1270 ha umfassende Gemeindejagd in 2 Bezirken auf die Dauer von 6 Jahren. (1. Februar 1929 bis 31. Januar 1935.)

Jagdbezirk I umfaßt die nördliche Talseite mit ca. 650 ha.

Jagdbezirk II die südliche Talseite mit rund 620 ha.

Die Scheidungsgrenze bildet die von Eberstweier n. Durbach-Gebirg führende Talstraße. H.920

Der Gemeinderat behält sich jedoch vor, falls ein Steigerungsliebhaber für das Ganze mindestens 100 RM mehr bietet, soll die Jagd in einem Bezirk versteigert werden.

Gleichzeitig wird die Jagd der Stabsgemeinde Durbach-Gebirg mit einer Gesamtfläche von 566 ha auf weitere 6 Jahre versteigert.

Als Bieter wird nur zugelassen, wer sich im Besitze eines Jagdpasses befindet, oder durch Bescheinigung der zuständigen Behörde nachweisen kann, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses keine Bedenken bestehen.

Die Entwürfe der Pachtverträge liegen während den Dienststunden zur Einsicht auf dem Rathaus offen.

Durbach, 21. Sept. 28.

Der Gemeinderat:
Wörner, Bürgermeister.
Rothmann, Ratschreiber.

Jagdverpachtung.

Die **Gemeinde Kleinsteinbach verpachtet am Samstag, den 20. Oktober 1928, nachmittags 3 Uhr,** zum zweitenmal im Rathaus in Kleinsteinbach die Gemeindejagd auf weitere 6 Jahre und zwar vom 1. Februar 1929 bis 31. Januar 1935.

Als Bieter werden nur zugelassen, solche Personen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder durch Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses Bedenken nicht bestehen.

Die Bedingungen liegen zur Einsicht auf dem Rathaus offen. N. 997

Kleinsteinbach, 12. 10. 28.

Der Gemeinderat:
A. Kraus, Bürgermeister.
Roßwag, Ratschreiber.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Durlach verpachtet am **Mittwoch, den 24. Oktober 1928, vormittags 10 Uhr,** auf seinem Geschäftszimmer in Durlach, Turmbergstr. 5, das Recht der Jagdausübung im Staatswald Rittnert und im Stadtwald Durlach Distr. VI „Grauacker" auf Gemarkung Rittnert und Durlach mit einer Flächengröße von zusammen 388 Hektar vom 1. Februar 1929 ab auf weitere 6 Jahre. Die Pachtbedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Forstamts zur Einsichtnahme auf. Nähere Auskunft durch Förster Reiß, Thomashof. N. 876

N. 884. **Freiburg.** Über den Nachlaß des am 20. Juli 1928 zu Freiburg gestorbenen und zuletzt daselbst wohnhaft gewesenen Kaufmanns und Weinhändlers **Isaak Sommer** ist die Nachlaßverwaltung angeordnet.

Zum Nachlaßverwalter ist Herr Rechtsagent Arthur Kuhn in Freiburg i. Br., Röderstraße 5, bestellt worden.

Freiburg, 9. Okt. 1928.

Notariat I
als Nachlaßgericht.

Arbeitsvergebung.

Rohbauarbeiten für den Neubau eines Finanzamtsdienstgebäudes an der Simmlerstraße in Pforzheim gem. Verf. Finanzministerium vom 20. Januar 1928 Nr. 726 und zwar Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten öffentlich zu vergeben. N. 875

Erdarb.-Aushub zirka 740 cbm, Maurerarbeiten (Fundamentbeton) zirka 1050 cbm, Backsteinmauerwerk zirka 1500 cbm, Schwemmsteinwände zirka 1200 qm, Steinhauerarbeiten (Naturgranit) zirka 20 cbm, Granitbelag zirka 80 qm, Kunst- (Muschelkalk) oder Naturstein hell zirka 95 cbm.

Zeichnungen, Bedingungen, Angebotsvordrucke vom 15. bis 27. Oktober 1928 an Werktagen von 9 bis 12 Uhr beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstraße 28, rechter Flügelbau, Erdgeschoß und am 17. und 18. Oktober von 10—12 Uhr und 14 bis 17 Uhr im Sitzungszimmer des Finanzamts Pforzheim-Stadt, Schulbergstaffel. Kein Versand von Zeichnungen nach auswärts. Angebotseröffnung **Samstag, den 27. Oktober 1928, vormittags 10 Uhr,** im Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstr. 28, wohin die Angebote verschlossen, portofrei und durch Aufschrift gekennzeichnet zu richten sind. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Karlsruhe, 12. Okt. 1928.

Bezirksbauamt.

Badisches Landestheater

Sonntag, 14. Oktober
*G 4. Th.-Gem. 1—100
Zum erstenmal
Mona Lisa
Oper von Max v. Schillings
Dirigent: Schwarz
Mitwirkende:
Blank, v. Hartung, Scheidhacker, Seiberlich, Borodin, Frey, Kochendörfer, Laufkötter, Löser, Rühr, Theo Strack.
Anfang 19½ Ende 22
Preise D (1—8)

Montag, 15. Oktober
*C 5. Th.-Gem. 351—400 und 1. S. Gr.
Von morgens bis mitternachts
Schauspiel von Kaiser
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauendorfer, Quaiser, Schreiner, Willer, Ziegler, Bortfeldt, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Höcker, Just, Kloeble, Müller, Schulze, v. d. Trenck.
Anfang 20 Ende n. 22
Preise A (0,70—5,00)

Di., 16. Okt., **Hoffmanns Erzählungen.** Mi., 17. Okt., **Der Schwarzkünstler.** Do., 18. Okt., **Der Schwarzkünstler.** Fr., 19. Okt., **Armida.** Sa., 20. Okt., **Das Weib des Jephta.** So., 21. Okt., nachmittags: **Carmen,** abends: **Mona Lisa.**
Im Konzerthaus:
Arm wie eine Kirchenmaus. Mo., 22. Okt., 2. Sinfoniekonzert.

Im städt. Konzerthaus
*Sonntag, 14. Oktober
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel von Fodor
Mitwirkende:
Bertram, Willer, Bortfeldt, Gemmecke, Höcker, Kloeble, Müller, M. Schneider.
Anfang 19½ Ende 22
I. Parkett 4,10 RM

COLOSSEUM
Bis einschl. 15. Okt. tägl. abends 8 (20) Uhr
Revue Für Euer Geld!
mit neuen Einlagen u. a. die humoristische Parodie über das
Lichtfest
Fernphotographie der Marktplatzbeleuchtung

DSG
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Karlsruhe
673 **Kaiserstraße 146,** gegenüber der Hauptpost
Besorgung aller Bankgeschäfte
Errichtung von Banksparkonten bei günstiger Verzinsung
Vermittlung von Hypothekengeldern

Rathaussaal
Montag 15. Oktober
abends 8 Uhr.
Oeffentlicher Vortrag
„Krishnamurti, der Weltlehrer"
Erlebnisse einer Augenzeugin
Rednerin: Frau Isa Syring
Zur Unkostendeckung wird 1 RM. Eintrittsgeld erhoben.
Vorverkauf bei 994
Kurt Neufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Eintracht
Dienstag 16. Oktober
abends 8 Uhr
Klavierabend
Edwin Fischer
Schumann Fant. C-Dur op. 17
Liszt Sonate H-Moll
Beethoven Waldstein-Sonate
Steinway-Flügel aus dem Lager H. Maurer
Karten zu 2, 3, 4 und 5 RM. bei 995
Kurt Neufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Eintracht
Dienstag 23. Oktober
abends 8 Uhr.
Lichtbilder-Vortrag
des Psycho-Graphologen
Rafael Schermann
„Liebe und Verbrechen in der Handschrift"
Karten zu 2, 3, 4 und 5 RM bei 991
Kurt Neufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

JAKOB BLAUL Inhaber: Herm. Nägele **KOHLENHANDLUNG** Sophienstr. 45 Telephon 2572

Druck G. Braun, Karlsruhe